



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLFANGABE (I.T.F.)

No. 6
11. Jahrgang

7. April 1943

Nach 10 Jahren:Teilweise Auflösung der Organisation der DAF

(ITF) Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) wurde zwar vor 10 Jahren auf den Truemmern der zerschlagenen Gewerkschaften aufgebaut, aber sie ist nicht einmal ein Gewerkschaftsersatz. Sie hat weder mit der Regelung der Löhne noch der Arbeitsbedingungen verantwortlich zu tun, sie ist eine Organisation zur Überwachung und propagandistischen Beeinflussung der Arbeiter. Zur Überwachung der Sekretäre wurden die Unternehmer Mitglieder der DAF und auf Grund eines von Hitler (21.III.35) bestätigten Abkommens stellen sie den Leiter oder den Stellvertretenden Leiter aller Schlüsselpositionen.

Zur Erleichterung der Nazi-Propaganda in den Betrieben wollte die DAF im Mai 1933 zunächst als berufliche Interessenvertretung, als eine Art Nazi-Gewerkschaft, auftreten. Auf ihrer 1. Tagung (10.V.33) erklärte sie feierlich: wir versprechen "dem deutschen Gewerkschafter, dass wir alle Deine Rechte... schützen werden...", dass wir die grossen Lasten, die auf Dir ruhen, auf ein erträgliches Mass herabmindern werden, dass wir Dir menschenwürdige Tarife verschaffen werden". Das war die Zeit, in der 10.000 unzufriedene SA-Arbeitslose die "2. Revolution" forderten, durch die die Industriellen Krupp und Thyssen genau so hinweggefegt werden sollten, wie die Gewerkschaftsleitungen hinweggefegt worden waren. Die Unternehmer griffen sofort ein. 9 Tage später fand in Hitlers Reichskanzlei eine Konferenz statt. Die DAF forderte ein "Verfassungsgesetz der Wirtschaft", aber Hitler stellte sich schützend vor die Unternehmer. "Durch ausdrückliche protokollarisch niedergelegte Erklärungen" wurde die DAF auf "rein erzieherische Arbeit" beschränkt, sie wurde zum Propagandaverein degradiert. Das Recht der Unternehmer, Löhne und Arbeitsbedingungen zu diktieren, wurde im Prinzip bestätigt. Die neuen Provinzbeamten des Arbeitsministeriums, die Treuhänder der Arbeit, sollten die ursprünglich unbegrenzte Allmacht der Unternehmer nur so weit begrenzen, wie die Kriegswirtschaft das erfordert. Die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft zwang zu weitgehender Normalisierung, vor allem der Löhne.

Zunächst war der Druck der erwerbslosen Braunhemden noch so stark, dass Hitler - noch am 15.VI.33 - auf der Fuehrertagung der NSDAP das Weitertreiben der "nationalen Revolution" versprechen musste. Aber Goering und Himmler bauten die Gestapo aus und Anfang Juli fühlte Hitler sich so stark, dass er kategorisch erklärte, "die Revolution ist beendet; rücksichtslos werde ich mich gegen eine sog. 2. Revolution wenden". Goering forderte die Polizei auf, "gegen Verhetzung und Aufwiegelung der Arbeitnehmer", auch durch Nazis, aufzutreten; streikende Nazi-Arbeiter wanderten ins Konzentrationslager und trafen dort Gewerkschafter, die sie misshandelt und in die Polizeiautos getrieben hatten. Die DAF versuchte noch gelegentlich, ihre Forderungen wieder aufzunehmen. Westdeutsche Grossindustrielle hielten auf einer Tagung in Duesseldorf (9.X.33) ueber die Betriebsmacherei dieser Organisation, "deren Unfaehigkeit zu entscheidendem Handeln ein umso grosseres Beduerfnis, sich nach allen Richtungen und auf allen Gebieten... zu betätigen, entsprach". Die DAF musste sich endgueltig damit begnuegen, die Arbeiter durch gelbe Propaganda und Nazi-Agitation zu willigen Unternehmersklaven und zur Kriegsbegeisterung zu erziehen.

Das war nicht leicht, denn selbst die Nazi-Betriebszellen-Organisationen (NSBO), die das Rueckgrat der DAF bildeten, erwies sich als unzuverlaessig. Die Nazi-Jugendbetriebszellen mussten im Herbst 1933 aufgelöst werden, weil sie sich gegen Ausbeutung wandten. Betriebszellen mussten Nazi-Unternehmer als Mitglieder aufnehmen, sie wurden harmlose Traditionsclubs. Die "alten Kaempfer" hielten zwar zunächst noch zusammen, aber das Recht der Unternehmer auch radikale Nazi-Arbeiter fristlos zu erlassen, brach zunächst jeden Widerstand.

Die DAF versagt - Bald zeigte sich, dass die DAF, die ihr gestellte Aufgabe nicht lösen konnte. Bei den Betriebsabstimmungen ueber die von Unternehmern und Nazis aufgestellten Listen der "Vertrauensraete" hat sich 1934 und 1935 gezeigt, dass die DAF die Arbeiter nicht gewonnen hatte. Das Ergebnis der Abstimmungen war fuer die Diktatur so niederschmetternd, dass das Gesamtergebnis nie veröffentlicht wurde und dass seit 1935

keine Betriebsabstimmung mehr stattfand, trotzdem das Nazi-"Arbeitsordnungsgesetz" (vom 20. I. 34) ausdruecklich jaehrlich Betriebsabstimmungen vorschrieb. Nur im Buendnis mit der Gestapo und der Armee fand die DAF eine neue Existenzberechtigung. Die deutschen Militaers waren sich darueber klar, dass "mindestens kein europaeischer Waffengang mehr denkbar ist, ohne dass da oder dort marxistisch glimmenden Funken zur lodernden Flamme... zu aktiven Mitgestaltern der Auseinandersetzungen werden... Wir sind... im III. Reich... nicht sicher vor seelischen Erschuetterungen des Volksempfindens... fuer den Fall eines zukuenftigen Krieges", schrieb der deutsche Generalleutnant a.D. von Metzsch in seinem 1937 erschienenem Buche "Der einzige Schutz gegen die Niederlage" (p 11 und 16). Um diesen Gefahren zu begegnen, stellte die DAF in Zusammenarbeit mit der Gestapo aus juengeren Arbeitern "Werkscharen" auf. In den "Arbeitsrichtlinien" stellte Ley den Werkscharen die "aeusserst wichtige Aufgabe, die seinerzeit fuer die Gruendung... mitbestimmend war.., ohne aeussere Machtmittel (d.h. ohne Hilfe der Gestapo - Red.) gerade in der Stunde der Gefahr jede auftretende Stoerung, Unordnung oder gar unverantwortliche Hetzerei augenblicklich zu beseitigen und auszurotten". Aber selbst dieses Instrument wurde gefaehrlich. Von den in die Werkscharen gepressten 180.000 Arbeitern mussten 1936 90.000 als unzuverlaessig wieder ausgeschieden werden. Und in seinen Richtlinien warnte Ley: "Es muss mit allen Mitteln verhindert werden.., dass aus der Werkschar... (die)... sich ja zum weitaus groessten Teil aus Angehoerigen einer Klasse zusammensetzt.., jemals eine Klassenorganisation werden koennte". Die Werkscharen wurden durch zuverlaessige SA-Arbeiter aufgefuellt, den oertlichen SA-Leitungen unterstellt und jeder ueberbetriebliche Kontakt wurde ihnen verboten. Die Armee war damit zufrieden, dass die Werkscharen vormilitaerische Uebungen abhielten, die Gestapo zog es auf Grund dieser Enttaeusungen vor, ihre eigene Betriebsueberwachung auszubauen, besonders als 1938 und 1939 viele Werkscharamitglieder eingezogen wurden.

Die DAF musste sich wieder eine andere Existenzberechtigung schaffen. Zur Verhuellung der Kriegsvorbereitungen sorgte sie dafuer, dass Umschulungskurse fuer Kriegsproduktion durchgefuehrt, dass zur Erleichterung der Mobilisierung Arbeitsvorgaenge der einzelnen Betriebe angeglichen wurden, dass Luftschutz-Wasserreservoirs als "Schwimmbaeder" angelegt wurden und Kasernen als Ferienlager und Hilfskreuzer als Ferienschiffe getarnt wurden. Seit 1940 uebernahm sie weitgehend die Ueberwachung der auslaendischen Arbeiter.

Teilweise Aufloesung der DAF-Organisation - Zunaechst hatte die DAF noch den von den Gewerkschaften uebernommenen Aufbau nach Berufen beibehalten; die Illusion, dass wenigstens gewerkschaftsaehnliche Verbaende unter Nazi-herrschaft moeglich seien, sollte genaehrt werden und es schien leichter, auf diese Weise die Bildung gewerkschaftlicher Geheimorganisationen zu verhindern. Als die Gestapo aufgebaut war, brauchte man derartige Ruecksichten nicht mehr zu nehmen. Schritt fuer Schritt wurde diese Gliederung aufgegeben. Die als Scheingewerkschaften aufgeputzten Organisationen wurden im Herbst 1933 zu gelben "Reichsbetriebsgemeinschaften" zusammengelegt, die aber immerhin noch nach Industriezweigen gegliedert waren. 1938, bei der Vorbereitung des Ueberfalls auf die Tschechoslowakei, wurden diese "Reichsbetriebsgemeinschaften" zusammengelegt, alle DAF-Mitglieder, gleich welcher Berufe, unterstehen seitdem den oertlichen DAF-Bueros. Die Kassierung der angeblich 25 Mio deutschen und auslaendischen Zwangsmitglieder besorgen die Unternehmer. Uebrig blieben nur bei der DAF-Zentrale "Fachaemter", die zunaechst noch den Namen der aufgeloeseten "Reichsbetriebsgemeinschaften" fuehrten und die weitergefuehrten beruflichen Zeitschriften herausgaben, und in den Provinzbueros "Facharbeitsabteilungen"sekretaere. 1940 wurden dann alle Fachzeitschriften eingestellt, nur noch die Propaganda-Illustrierte "Arbeitertum" und die Sekretaer-Zeitschrift "Monatshefte fuer NS-Sozialpolitik" erscheinen neben dem DAF-Pressedienst. Und jetzt berichtet die Tageszeitung der DAF ("Angriff", 5.III.), dass alle "Fachaemter" ihre Arbeit einstellen. Ein "Amt fuer Betriebsgestaltung" uebernimmt die gesamte Propagandaarbeit. Die Zentralen und die Gaubueros wurden verkleinert, die Kreisbueros wurden die eigentlichen Propaganda- und Spitzelzentralen. Sie duerfen nur noch "kriegswichtige" Arbeiten durchfuehren, wie "Massnahmen der Leistungserhoehtigung, zur Erhaltung der Schaffenskraft, zur Verstaerkung des Arbeitsfriedens und der Arbeitsdisziplin, so wie Massnahmen (d.h. Vorschlaege) lohnordnender Art". Ob die Rechtsberatungsstellen weiterarbeiten, ist noch nicht entschieden. Das "Arbeitswissenschaftliche Institut", das als Konkurrenz zum Internationalen Arbeitsamt aufgebaut wurde - und in den besetzten Gebieten zahlreiche Gewerkschaftsbibliotheken stahl - "wird nur in kleinstem Umfang weitergefuehrt". - Ein Teil der DAF-Sekretaere ist schon seit 1939 mit der Rekrutierung und Ueberwachung auslaendischer Arbeiter beschaefigt. Die jetzt freigesetzten Sekretaere werden bei der gleichen unsauberen Arbeit eingesetzt.

Es ist kein Zufall, dass die DAF gerade jetzt, 10 Jahre nach ihrer Gruendung, auf den letzten Aufputz einer Arbeitervertretung verzichten muss. Die Nazi-Diktatur braucht Beamte zum Ueberwachen und Antreiben deutscher and auslaendischer Arbeiter in ganz Europa und sie kann sich den Luxus nicht leisten, eine Organisation aus Prestige-gruenden im alten Stil weiterzufuehren, der es nicht gelang, die entscheidenden Schichten der in deutschen Betrieben taetigen Arbeiter und Arbeiterinnen fuer das Hakenkreuz zu gewinnen.

Alle Lehrerverbaende in Deutschland stillgelegt

(ITF) Auf Anordnung Martin Bormanns, des Leiters der Kanzlei Hitlers seit Rudolf Hess, Englandflug, muessen der Nazi-Lehrerbund und der Reichskolonialbund ihre Arbeit auf Kriegsdauer vollstaendig einstellen (meldet der Deutschlandsender, 19.III.). Die Arbeitsfront, die Nazi-Volkswohlfahrt, die Nazi-Kriegsopferversorgung und die Nazi-Aerzteorganisation muessen einen Teil ihrer Arbeit aufgeben. Die nazistischen Beamten-, Techniker- und Juristenorganisationen duerfen weiterarbeiten. Die Bauernorganisation hat schon vor einem halben Jahr ihre Arbeit erheblich einschraenken muessen. Von den Dr. Ley unterstellten Ueberwachungs-"Hauptaemtern" bei der

Nazi-Parteizentrale wurden das "Hauptamt fuer Beamte" und das fuer Erzieher und das dem General von Epp unterstellte Kolonialpolitische Amt vollstaendig stillgelegt. - Kein einziges SS-Buero wird seine Arbeit einschraenken.

Gespensst der Revolution (ITF) Die Haltung der Arbeiter ist von ausschlaggebender Bedeutung fuer das Gelingen des neuen deutschen Ruestungsprogramms. "Mit Stalingrad hat fuer die Heimat eine neue Phase des Krieges begonnen", schreibt die "Frankfurter Zeitung" (7.II.), "nur eine lévee en masse der 80 Mio, ein Volksaufstand der nationalen Kraftanstrengung, bei dem auch die letzte Arbeitskraft zu den Waffen des totalen Kriegs greift, vermag dem... Angriff aus dem Osten die ueberwindende Wucht entgegenzusetzen". - Aber das "Hamburger Fremdenblatt" warnt am gleichen Tage: "durch die Nichtachtung... der sozialen Rechte... wurde das deutsche Volk im ersten Weltkrieg zersetzt. Es muessen also die Verzichtete, als das sind Konsumverzicht, Verzicht auf Umschichtung (d.h. Verschiebung zur Zwangsarbeit) usw... durch Aufrechterhalten und noch staerkere Akzentuierung der sozialen Rechte aufgefangen werden".

Polizeimassnahmen in deutschen Betrieben (ITF) Die Nazi-Diktatur hat festgestellt, dass die neuen Antreiber-massnahmen viele Arbeiter zur Kritik der Nazi-Behoerden veranlassen. Sie will deshalb nicht zu sehr in Erscheinung treten und wuenscht, dass die Unternehmer staerker als bisher als Betriebspolizei auftreten. Der Berliner Reichstreuhaender der Arbeit bittet deshalb die Unternehmer, nicht sofort von ihm Strafmassnahmen gegen Arbeiter zu verlangen, "sondern noetigenfalls auch wiederholte Bussen in Geld bis (jeweils) zur Hoehe eines Tagesverdienstes oder Ausschluss von Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebs" (Kantinen etc.) zu verhaengen und die Bezahlung von Feiertagen zu verweigern. Auch muesse vermieden werden, dass Arbeiter ihren Kontraktbruch mit Hinweis auf Kontraktbruch der Unternehmer verteidigen koennen. "Eine Nachpruefung der wegen Arbeitsuntreue bisher erstatteten Anzeigen hat vielfach (!) ergeben, dass die beschuldigten Gefolgschaftsmitglieder sich mit Recht darauf berufen, dass ihr Betriebsfuehrer... den Grund fuer ihr Verhalten gab, und dass ihnen mitunter die Fortsetzung des Arbeitsverhaeltnisses nicht mehr zugemutet werden konnte" ("Berliner Boersenzeitung", 16.II.).

Der Reichstreuhaender der Arbeit in Bremen forderte (Mitte Januar) die Unternehmer auf, alle auslaendischen Arbeiter, denen sie Kontraktbruch, Bummeln, Langsamarbeiten und allgemeine Disziplinlosigkeit vorwerfen, der Arbeitsfront und, falls diese Gestapohilfsstelle keine Abhilfe schaffen kann, der Gestapo zu melden. Massnahmen gegen unbotmaessige deutsche Arbeiter sollen beim Arbeitsamt beantragt werden.

Hungerloehne, Riesengehaelter und Terror in Oesterreich (ITF) Der Wiener "Voelkische Beobachter" berichtet: "Bei einem nicht geringen Teil von Direktoren, Prokuristen und Geschaeftsfuehrern... ist offenbar gerade jetzt die Meinung verbreitet, dass die Zeit... die geeignete sei, um Bezugserhoehungen durchzudruecken. Die Behoerden werden mit Antraegen auf Zustimmung zu Gehaltserhoehungen fuer leitende Angestellte bombardiert". Der Leiter eines Betriebes, der ganze 8 Gefolgschaftsmitglieder umfasst, will unbedingt 11.000 RM Jahreseinkommen haben.., ein noch nicht 30jaehriger Verkaufsleiter... einen noch hoeheren Jahresverdienst und sein vorgesetzter Unternehmensfuehrer in Berlin unternimmt, nur um diesen Bezug durchzudruecken, die weite Reise nach Wien". Es sei "allen schaffenden Volksgenossen unverstaendlich.., wenn ein Unternehmer Bezugserhoehungen fuer seine ohnehin schon mehr als gut bezahlten Vorstandsmitglieder anstrebt, aber nicht bereit ist, vom Reichstreuhaender der Arbeit trotz des Lohnstopps angeregte Lohnerhoehungen bei den schlechtest bezahlten Kategorien vorzunehmen, weil das angeblich fuer das Unternehmen nicht tragbar sei" (21.II.).

Die Gestapo versucht, die ueber Krieg und Ausbeutung murrenden oesterreichischen Arbeiter durch fast Woche fuer Woche vrocöffentliche Hingrichtungen von "Hochverraetern" einzuschuechtern. Viele Gewerkschafter befinden sich unter diesen "Hochverraetern": Franz Poetsch aus St. Poelten, der am 15.I. hingerichtet wurde, war frueher Betriebsrat der Chemiarbeiter der Glanzstofffabrik; die mit zugleich hingerichteten 5 St. Poeltener scheinen seine Arbeitskollegen gewesen zu sein. Von den im Februar wegen Aufbaus einer "hochverraeterischen" Organisation in Knittelfeld hingerichteten Arbeitern waren 4 frueher Funktionaere des Eisenbahnerverbandes, 3 vermutlich des Metallarbeiterverbandes und einer Funktionaer der Lebensmittelarbeiter.

Arbeiter und Bauern in Oesterreich (ITF) Zum 5. Jahrestag der Eroberung Oesterreichs sprach der Nazi-Gauleiter Uiberreither im Industriebezirk der Steiermark. In Mürzzuschlag schimpfte er auf die vielen Oesterreicher, die sich selbst "dem bolschewistischen Feind" zur Verfuegung stellen. Den Arbeitern der Magnesitbergwerke in Veitsch in denen sehr viele auslaendische Arbeiter beschaeftigt werden, sagte der Gauleiter (am 14. III.): es sei fuer sie hoechste Zeit, sich zu entscheiden. Verraeter, die glaubten, Deutschland im Ruecken angreifen zu koennen, wuerden ausgerottet. Am gleichen Tage wettete er in einer Bauernversammlung in Allerheiligen gegen Saboteure, die die Lebensmittelversorgung gefaehrden.

Seeleute haben genug (ITF) Ein daenischer Heizer, der von seinem deutschen Schiff desertierte, wurde (im Maerz) von daenischen Richtern in Aalborg freigesprochen, als er nachwies, dass sein Heuervertrag fuer ein anderes deutsches Schiff galt, das vor der norwegischen Kueste gesunken war.

Im Marmagao (portugiesisch Indien) kam es zu Unruhen auf den seit 3 Jahren dort liegenden deutschen Schiffen, berichtet der Bombayer Korrespondent der Londoner "Times". Die Schiffe sollten anscheinend nach Singapore durchbrechen, um dort fuer die Japaner zu fahren. Ein Teil der Besatzung weigerte sich; die Schiffe sollen in Brand gesteckt worden sein. ("Times" 9.III)

Die Streiks in Daenemark (ITF) Betriebliche Streiks in allen Teilen Daenemarks zeigen die Erregung der Arbeiterschaft. Beim Holzladen beschäftigte Kopenhagener Hafenarbeiter traten am 15.III. in Streik. Der Streik richtete sich gegen eine Bestimmung, durch die die Gewerkschaft fuer Ueberschreiten der Lade- und Loeschzeiten haftbar gemacht wird (meldet der schwedische Rundfunk). Trotzdem Streiks verboten sind, unterstuetzte die Gewerkschaft die Streikenden und setzte auch, als sie zu 25.000 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, die Unterstuetzungsaktion fort und beschloss, die Streikaktion ab 31.III. auszudehnen. - 130 Arbeiter der Giesserei Christensen in Morsø legten (am 10.III.) die Arbeit nieder, um die Entlassung eines gewerkschaftsfeindlichen Agitators - anscheinend einen Nazis - zu erzwingen. 85 Arbeiter wurden entlassen. - In einer Maschinenfabrik in Kalundborg legten am Nachmittag des 13.II. alle Schmiede die Arbeit nieder, um ihren Arbeitszeitforderungen Nachdruck zu verleihen. - 70 Ladearbeiter einer Braunkohlengrube in Juetland versuchten (am 6.III.) durch Streik eine Erhoehung ihres Lohnes um 66% durchzusetzen. Polizei griff ein und verlangte sofortige Arbeitsaufnahme. - Die Belegschaft der F.L. Schmidt Werke in Valby und der Atlaswerke haben es abgelehnt, unbezahlten Luftschutzdienst zu leisten. Die 250 Arbeiter der Papierfabrik Friedrichsborg haben durch einen Demonstrationsstreik gegen unbezahlte Luftschutzwachen protestiert. Die 140 Arbeiter des Kopenhagener Metallbetriebes, H. Niellson, traten (am Abend des 21.II.) in Proteststreik, weil der Luftschutzkeller nur Raum fuer 50 Personen hat. - Einige Unternehmer, wie Philips Radio in Amager wollen die Arbeiter zwingen, die Entschaedigung fuer den Luftschutz zu bezahlen; sie wollen bei jedem naechtlichen Fliegerangriff jedem Arbeiter 25 Oere vom Lohn abziehen.

Wahlen in Daenemark (ITF) Die deutschen Besatzungsbehoerden erlaubten, dass (am 23.III.) in Daenemark die turnusmaessigen Wahlen zum Parlament stattfinden duerften. Wahrscheinlich wollten sie feststellen, ob die daenische Nazi-Bewegung so stark geworden, dass eine Quisling-Regierung eingesetzt werden koennte.

Die Wahlbeteiligung stieg von 79% (1939) auf 90%. Die Sozialdemokraten erhielten 895.000 (730.000) Stimmen, die Konservativen, deren nach London entkommener Fuehrer Christmas Møller ueber den BBC nach Daenemark spricht, 421.000 (301.000), die Liberale (Bauern-)Partei 576.000 (309.000), die Radikal-Liberalen 175.000 (162.000), der Bund fuer Gerechtigkeit 31.000 (34.000) Stimmen. Die Kommunisten, die 1939 41.000 Stimmen erhalten hatten, konnten sich an der Wahl nicht beteiligen. Die daenische Naziartei erhielt 43.000 (31.000), die nazifreundliche agrarische Bondepartei 25.000 (51.000) Stimmen. Die "Daenische Einheit", die einzige Partei, die sich scharf gegen die Tolerierungspolitik der Regierung wandte, hatte mit 43.000 (8.000) Stimmen genau so viel Waehler wie die Naziartei.

"Wehrmaenner" (ITF) In vielen deutschen Staedten muss ein Teil der Fliegerabwehrgeschuetzte (Flak) von Arbeitern bedient werden. Die Flakbatterien haben nur noch eine militaerische Stammanschaft, die nachts und bei Tagesalarm durch Wehrmaenner ergaenzt wird. Diese Wehrmaenner sind Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Bauern, die von der Naziartei und den Betriebsleitungen den Militaerbehoerden vorgeschlagen und von diesen wie Soldaten zur Flakdienst einberufen werden. Bei Nachtdienst haben sie mindestens 10 Stunden Bereitschaftsdienst in Flakunterkuenften, bei Tagesalarm muessen sie sofort von ihrem nahen Arbeitsplatz zur Batterie. Sie haben kein Anrecht auf entsprechend verkuerzte Arbeitszeit im Anschluss an ihren Flakdienst.

Der Kampf der tschechischen Gewerkschafter (ITF) Die tschechischen Gewerkschafter wollen mit den von den deutschen "Protektorats"behoerden ernannten Gewerkschaftsquislings nichts zu tun haben. Die gleichgeschaltete Organisation, "Nationale Gewerkschaftszentrale", ist tot. Es wurde versucht, sie durch Ausschuesse zu beleben. In jedem der 15 Kreise des "Protektorats" wurde ein Kreisarbeitsausschuss eingesetzt, der nach Bedarf zusammentritt. Die Kreisarbeitsausschuesse werden von tschechischen Gewerkschaftsbeamten - die von Beauftragten der deutschen Behoerden ernannt wurden - Red. - ernannt. Neben diesen Kreisarbeitsausschuesen gibt es noch fuer die 11 Hauptberufe 11 Facharbeitsausschuesse. Die Hauptorganisation aber ist der Zentralausschuss ("Signal", Berlin). - Die ernannten Ausschussmitglieder haben nichts zu sagen, der Quisling Stočes entscheidet als "Fuehrer" nach Anweisung seiner deutschen Auftraggeber.

Die deutschen Behoerden sahen, dass die "Nationale Gewerkschaftszentrale" keinen Einfluss auf die tschechischen Belegschaften gewann, die jede Gelegenheit zum Widerstand benutzten. So kam es bei der Kantinenfrage zu Schwierigkeiten. Die Normalrationen koennen im "Protektorat" ohne Schaedigung der Kriegsproduktion nur dann niedrig gehalten werden, wenn die Arbeiter die Schwerarbeitsrationen wirklich fuer sich verwenden. Zur Erleichterung der Kontrolle sollen sie in Kantinen essen. Aber viele tschechische Arbeiter wollen keine Lebensmittelkarten fuer Kantinenessen abgeben, waehrend Frau und Kinder nicht satt werden. "Der tschechische Arbeiter ist ein sehr guter Familienvater und so entzog kein Arbeiter gern seiner Familie selbst die geringste Menge von Lebensmittelkarten, die er woeentlich (der Kantinenverwaltung) zu liefern hat". Die Berliner Zeitschrift klagt, dass "jene Behauptung der Fluesterpropaganda., die Deutschen fuehrten ein gutes Leben auf Kosten der Lebensmittel, die sie dem tschechischen Volk entzogen., sich besonders bemerkbar macht."

Eine Reihe aehnlicher Ereignisse fuehrten dazu, dass die deutschen Behoerden in allen Betrieben mit mehr als 30 Beschaeftigten neue Betriebsausschuesse errichten lassen. "Die aeltesten Arbeiter jedes Betriebes ernennen die Mitglieder" berichtet "Transocean" (Berlin). Aber jede Ernennung bedarf der Bestaetigung durch den Prager Arbeitsminister, den SS-Obergruppenfuehrer Bertsch. - Auf diese Art soll gleichzeitig der Quislingorganisation wieder eine Betriebsbasis verschafft und der Einfluss der alten, noch in der freien tscheoslowakischen Republik gewaehlten, Betriebsratsmitglieder zurueckgedraengt werden.

Dieses Betriebsvertretungssystem wurde 1936 in Deutschland eingefuehrt, Ende 1942 in Holland und Anfang dieses Jahres in Norwegen. - (Fuer die Red.: "Signal", Berlin, 2. Februarheft; "Transocean" 30.III.; Holland: s. "Fasch." Nr. 23; Norwegen: "Fasc." Nr. 4)

Deserteure (ITF) Das im besetzten Elsass erscheinende "Muehlhauser Tageblatt" berichtete, dass in der Nacht vom 19. zum 20.II. eine Gruppe junger Elsaesser sich, "um der Reichsarbeitsdienst- und Wehrpflicht zu entgehen, mit Gewehren, Karabinern und Pistolen bewaffnet und den vermessenen Versuch gemacht hatte, den Uebertritt ueber die schweizer Grenze mit Gewalt zu erzwingen". Bei einem Feuergefecht fanden 3 Elsaesser und 1 deutscher Posten den Tod. 13 Elsaesser wurden hingerichtet. - Ende Februar wurde durch rote Plakate im Elsass bekanntgegeben, dass 4 Maenner zwischen 26 und 47 Jahren, die sich der Rekrutierung zum deutschen Arbeits- und Militaediensetzten, erschossen wurden. - Ein polnischer Arbeiter, der Ende Maerz auf der Flucht von seinem Zwangsarbeitsplatz gefasst wurde, sprang in den Fluss Tiege (ehem. Freistaat Danzig) und ertrank. - Aus einem der deutschen Truppentransporte, die durch Schweden nach Nordnorwegen fahren, sprangen (am 23.III.) 7 sehr junge deutsche Soldaten. Die schwed. Regierung hat mitgeteilt, dass sie sie als politische Fluechtlinge behandeln wird.

Der Handkoffer (ITF) Mitte 1942 wurde den Juden in Holland amtlich empfohlen, stets einen die noetigsten Dinge enthaltenden Handkoffer gepackt zu haben, denn der Deportationsbefehl koenne ploetzlich kommen und dann sei keine Zeit mehr zum packen. Seit Sauckels Sklavereijagd begann, haben auch viele hollaendische Arbeiter staendig einen mit dem Noetigsten gepackten Koffer zur Hand, um nicht vom Deportationsbefehl ueberrascht zu werden. Und jetzt empfehlen deutsche Zeitungen den Bewohnern haeufig bombardierter deutscher Staedte, einen Koffer mit Papieren, notwendigster Waesche etc. "in einem besonderen Koffer oder Paket., nicht in Gebrauch befindliche Kleidung und Haushaltswaesche, auch schmutzige Waesche, bereit zu halten, um sie bei Fliegeralarm mit in den Keller zu nehmen" ("Hamburger Fremdenblatt", 18.III.). Der staendig gepackte Handkoffer ist zum Symbol der Existenzunsicherheit unter dem Hakenkreuz geworden.

SS jagt Frauen aus Luftschutzkellern (ITF) Ein Hollaender, der waehrend eines Fliegerangriffs in Koeln war, sah "wie SS-Maenner und andere Polizisten mit grossem Laerm Zivilisten, Frauen, Maenner und Kinder, aus Luftschutzkellern jagten, weil, wie sie sagten, die Keller fuer sie reserviert seien. ("Vrij Nederland" London)

Hitlers Zwangsarbeiter

Am 21.III.42 hatte Hitler den Nazi-Gauleiter Sauckel mit der Rekrutierung von Zwangsarbeitern in ganz Europa beauftragt.

Kugelfang fuer Hitler (ITF) So viele Arbeiter des fuer Deutschland arbeitenden franzoesischen Marinearsenals in Lorient haben nach dem letzten schweren Bombardement ohne Erlaubnis die Stadt verlassen, dass Radio Vichy (am 13.III.) bekanntgab: Arbeiter, die nicht bis 1.IV. die Arbeit wiederaufnehmen, werden unter Verlust der Pension entlassen - und stehen damit zur Deportation zur Verfuegung. - Das Essener Arbeitsamt hat nach dem zweiten schweren Bombardement im Maerz bekanntgegeben, dass Frauen, die "kriegsarbeitspflichtig" sind, die gefaehrdete Stadt nicht verlassen duerfen. - Die Frauenrekrutierung wurde durch das Bombardement um fast eine Woche verzoeget.

Betrogene Frauen (ITF) Auslaendischen Arbeiterinnen wurde versprochen, dass fuer sie in Deutschland die gleichen Arbeitsschutzbedingungen gelten sollten wie fuer deutsche Frauen. Aber jetzt (Mitte Maerz) schreibt die deutsche Provinzpresse, dass zwar deutsche Arbeiterinnen moeglichst nicht zu schweren, fuer Frauen gesundheitsschaedliche, Arbeiten herangezogen werden sollten; die gleiche Ruecksicht sei aber bei Auslaenderinnen nicht noetig, die seien schwere Arbeit gewohnt! - Die gesetzliche Arbeitszeitbegrenzung wird auch fuer deutsche Frauen nicht eingehalten. - Auslaenderinnen, die als Hausgehilfinnen in Deutschland arbeiten, duerfen nach Ablauf ihres Arbeitsvertrags nicht mehr ohne weiteres in die Heimat. Sie koenen gezwungen werden, andere Arbeit im Haushalt, in der Munitionsfabrik oder beim Bauern anzunehmen (meldet das "Reichsarbeitsblatt" vom 15.II.). - Viele Frauen waren durch ein Angebot einer Haushaltsstelle nach Deutschland gelockt worden. Fuer die Lieferung einer bestimmten Zahl weiterer franzoesischer Arbeiter war Vichy versprochen worden, dass 25.000 franzoesische Kriegsgefangene in Deutschland als "freie" Arbeiter arbeiten duerften. Jetzt wird den Frauen der 1,2 Mio franz. Gefangenen mitgeteilt, dass Gefangene, deren Frauen zur Arbeit nach Deutschland gehen, zuerst aus den Kriegsgefanganenlagern in Zwangsarbeitslager ueberfuehrt werden (Radio Paris, 31.III.; Hausangestellte: s. "Fasch." p. 15; Kriegsgef.: "Fasch." Nr. 24.)

Zwangsarbeit in Hitlers Munitionsfabriken (ITF) Fuer die Munitionsfabriken in Bergérac, Ripault (bei Tours), Toulouse, Angoulême und St.-Médard, die nach Mitteilung der Vichybehoerden "ihre Fabrikation wiederaufnehmen oder erweitern muessen (!), werden Arbeiter angeworben. Sie muessen genau wie die nach Deutschland Deportierten einen 12-Monatskontrakt unterzeichnen. Aus einer grossen, erst im Kriege errichteten, Munitionsfabrik in Deutschland berichtet die "Deutsche Allgemeine Zeitung", dass "78% der Belegschaft Auslaender sind, deren Heimat ueberall in Europa zu suchen ist. Bei der Bombenfertigung sind nur 8 - 12% deutsche Gefolgschaftsmitglieder und bei der Granatherstellung nur 8 - 10%. 80% der Belegschaft wohnen in Baracken. Die Schau- und Schiessbuden, Budencafés und Kramlaeden in Bretterverschlaegen erinnern an ein schnell aufgeschossenes Goldgraebermilieu..." Es wird in 2 12Stundenschichten gearbeitet und deutsche, aber nicht auslaendische, Arbeiterinnen werden mit zu schwerer Arbeit verschont.

Widerstand gegen Zwangsarbeit (ITF) Alle Franzosen der Jahrgaenge 1912-19 sollten sich bis zum 9.III. bei den Arbeitsaemtern registrieren lassen. In Paris wurde die Aufforderung so wenig beachtet, dass durch Radio eine Fristverlaengerung bekanntgegeben wurde. - Im Departement Bouches-du-Rhône (Marseille) erhalten Maenner der Altersklassen 1920/22 Lebensmittelkarten nur noch von besonderen Bueros nach Vorweisen einer Bescheinigung des Arbeitsamts ("Mot d'Ordre", 22.III.). Ab 20.IV. muessen alle 18/50jaehr. Maenner sich von ihrem Betrieb eine Arbeitsbescheinigung ausstellen lassen - zur Erleichterung der Menschenjagd nach Arbeitsklaven. In Provinzstaedten wurden bereits grosse Menschenjagden durchgefuehrt. - Franzosen, die bereit sind, fuer Hitler in Russland zu kaempfen oder Flakgeschuetze gegen englische und amerikanische Flieger zu bedienen, werden nicht nach Deutschland deportiert, verkuen den die franz. Werber der deutschen Armee (Radio Lyon, 20.III.) - Radio Vichy versicherte (am 27.III.), dass der 100.000. freigelassene Kriegsgefangene in Frankreich eingetroffen sei. Die franz. Presse hat Anfang Februar schon einmal den "100.000. Befreiten" feiern muessen ("Oeuvre", 8.II.). - Im Departement Hoch-Savoyen flohen (Anfang Maerz) junge Franzosen "in die Berge und verschanzten sich dort, um den Zwangsarbeitsdienst zu entkommen", meldet die Berliner Agentur Transocean (am 15.III.). Vichy-Radio gab bekannt, dass sich demobilisierte Soldaten und Skifahrer aus verschiedenen Staedten diesen Gruppen anschlossen. Vichy behauptet, dass nur wenige Hunderte ins Gebirge gingen, Schweizer Zeitungen berichten von 7000, die offensichtlich versuchten, ueber das Gebirge in die Schweiz zu kommen. Ende Maerz waren die Deportationen in Savoyen in vollem Gang (berichtete Transocean, 26.III.). "Auf allen kleinen Bahnhoe fen dieses Bezirks sah ich... junge Maenner, die sich vor der Abreise in ein Arbeitsdienst sammellager von ihren Verwandten und Freunden verabschiedeten... Es soll zugegeben werden, dass viele der jungen Maenner nicht sehr gluecklich aussahen. Ich sah Muetter mit Traenen in den Augen., am Gueterbahnhof in Marseille... sah ich ... 15.000 'Arbeitspflichtige' zum Abtransport versammelt... In St. Etienne wurde ein Zug mit 1000 'Arbeitspflichtigen' 16 (!) Stunden aufgehalten. Niemand durfte den Zug verlassen. Junge Maenner... zerschlugen die Fenster eines Zuges auf einem Nachbargleise". - Laval hat sich die Hilfe eines Teils des kath. Klerus gesichert. Der "Courrier de Genève" berichtet (18.III.), dass der Klerus von Annecy (Savoyen) den ins Gebirge Gefluechteten mit Kirchenstrafen drohte. Der Bischof von Lille, Kardinal Lienart, empfahl den jungen Franzosen, nachzugeben und in Deutschland durch Religio sitaet anderen Deportierten ein Vorbild zu sein (Radio Lyon, 19.III.).

In Belgien wurde der Appell des Bischofs von Lille von den Nazis verbreitet. Aber in allen kath. Kirchen Belgiens wurde (am 21.III.) ein Protest der belg. Bischoefe gegen die Zwangsde portation verlesen. Die deutschen Militaerbehoerden ordneten an, dass zur Zwangsarbeit in Belgien oder Deutschland Ausgehobene, die sich nicht stellen, keine Lebensmittelkarten mehr erhalten ("Le Pays Réel", 9.III.). In Danzig-Westpreussen (ehem. Freistaat Danzig und poln. Westprovinzen) muessen sich alle 10(!)-14jaehr. poln. Kinder zur Arbeit melden. Alle poln. Kleinbauernfamilien muessen sich dem naechsten deutschen Gutsbesitzer zur Arbeit zur Verfuegung stellen. - Ein Sprengstoffanschlag auf das Einwohnermeldeamt in Amsterdam zerstoerte (am 27. III.) einen Teil der zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern unersetzlichen Einwohnerregistra tur. - Aus dem norwegischen Konzentrationslager Grini wurden 200 politische Gefangene zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt, 500 weitere sollen folgen (meldet der schwedische Rundfunk am 23.III.). In Oslo wurden 90.000 Maenner und Frauen als "zwangsarbeitsfaehig" re gistriert, 30% der Bevoelkerung. Ein Teil von ihnen wird zum deutschen Festungsbau nach Nord norwegen gesandt. - In den Ruhrstaedten Oberhausen und Muehlheim sollte die Registrierung der zu Kriegsarbeit aufgerufenen Deutschen bis zum 27.II. beendet sein. So viele haben sich nicht gemeldet, dass die Frist bis zum 3.III. verlaengert und in der Presse darauf aufmerksam gemacht wurde, dass es ohne Registrierungsbescheinigung keine neuen Lebensmittelkarten geben wuerde. - Auch in Wien wurde (am 14.II.) drohend mitgeteilt: "mit der Ausgabe der Lebensmit telkarten wird kuenftig auch eine Kontrolle ueber die erfolgte Anmeldung beim Arbeitsamt ver bunden sein..."

Frauen machen Schwierigkeiten (ITF) Die Nazi-Diktatur sieht sich veranlasst zu erklaren, weshalb die Arbeitsmobilisierung der Frauen so lange Zeit nimmt und nicht "ruck zuck" klappt. "Ziemliche Schwierigkeiten... sind zu ueberwinden", schreibt der "Voelkische Beobachter" (5. III.). "Viele Maedchen und Frauen koennen sich naemlich nur zu Halbtagschichten zur Verfue gung stellen. Natuerlich wird die Arbeit in Halbtagschichten nur dort zugestanden, wo... es nicht anders geht. Eine weitere Schwierigkeit... ein erheblicher Prozentsatz der sich Melden den kann nicht in Betriebsstaetten ausserhalb des Wohnorts verpflanzt werden. Nun liegen aber gerade die Ruestungsbetriebe sehr oft nicht in der Naeh e der Grosstaedte, wo die meisten Meldungen einlaufen... Ringtausche sind erforderlich. D.h. aus Betrieben in der Naeh e der Grosstaedte werden austauschfaehige Arbeitskraefte fuer andere abseitiger gelegene Ruestungs betriebe herausgenommen und ersetzt durch nicht austauschfaehige Arbeitskraefte. Nun sind aber diese eingearbeitet. Von den Fuehrern der Betriebe muss verlangt werden, ihrem Abzug kei nen Widerstand entgegenzusetzen", trotzdem durch den Tausch die Produktion zunaechst sinkt.

Spanische Arbeiter nach Deutschland gejagt (ITF) Laval hat spanische Republikaner, die nach dem Aufstand der Generaale nach Frankreich gegangen waren, zur Zwangsarbeit nach Deutsch land transportiert. Radio Vichy meldet (am 24.III.), dass 6 Zuege mit span. Zwangsarbeitern bereits abgingen und ein 7. zusammengestellt wurde.

Auslaendische Arbeiter
fuer Hitlers Armee

(ITF) Flaemische Nazis gehen nach Deutschland, um flaemische Zwangsarbeiter fuer Hitlers Armee anzuwerben (berichtet Radio Bruessel am 24.III.).